

Laibacher Zeitung.

Nr. 26.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Ausstellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 31. Jänner

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1 mal 60 fr., 2m. 80 fr., 3m. 1 fl.; sonst pr. Zeile im. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

1867.

Mit 1. Februar

beginnt ein neues Abonnement auf die „Laibacher Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis beträgt für die Zeit vom 1. Februar bis Ende Juni 1867:
 Im Comptoir offen 4 fl. 60 fr.
 Im Comptoir unter Couvert 5 " — "
 Für Laibach ins Haus zugestellt 5 " — "
 Mit Post unter Schleifen 6 " 25 "

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Handschreiben vom 26. Jänner d. J. den Ministerialrath im Ministerium für Handel und Volkswirtschaft Sisinius von Pretis-Cagnod zum Sectionschef extra statum dieses Ministeriums allernädigst zu ernennen geruht.

Das Finanzministerium hat den Controlor der Landeshauptcasse in Klagenfurt Jakob Leitner zum Controlor der Landeshauptcasse in Laibach und den Casier der Landeshauptcasse in Graz Karl Paulin zum Controlor der Landeshauptcasse in Klagenfurt ernannt.

Der Justizminister hat dem disponiblen Landesgerichtsrathe Joseph Edlen von Marquet eine bei dem Landesgerichte in Linz ersledigte Landesgerichtsrathstelle verliehen.

Am 29. Jänner 1867 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das VIII. Stück des Reichsgesetzesblattes ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter Nr. 16 die Concessionsurkunde vom 11. Jänner 1867 für die Buschthader Eisenbahngesellschaft, zum Betriebe ihrer Locomotivewiesenbahnen von Prag nach Weißbysla und von Kladno nach Kralup mit Einfluss der bestehenden Filzgelbahnen und der Prager Eisenindustriegesellschaft gehörigen Strecke der Nußbaums Bahn von Weißbysla bis Kladno, dann zur Umgestaltung ihrer Pferdebahn von Weißbysla bis Pinie in eine Locomotivewiesenbahn und zur Verbindung ihrer Linien mit den concessionirten Nachbarbahnen in den Richtungen gegen Lounza, Kruppa, Bubna und eventuell Smichow. (Dr. Btg. Nr. 24 v. 29. Jänner.)

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 31. Jänner.

Über die orientalische Politik Österreichs enthält die „Triester Zeitung“ zwei Schreiben aus Wien, deren letzteres insbesondere den Standpunkt unserer Regierung in dieser Frage nach „aus verlässlicher Quelle geschöpfsten Nachrichten“ gegenüber den vielfach unrichtigen Commentirungen der Stellung, welche unser Cabinet in der orientalischen Frage einnimmt, in einer Weise präzisiert, welche wie uns scheint, den österreichischen Verhältnissen vollkommen entspricht.

Das Schreiben, welches vom 28. d. M. datirt ist, lautet: „Die Initiative ist diesmal allerdings, wenn auch in weit begrenzterem Sinne als man dies gewöhnlich annimmt, von Österreich ausgegangen. Es liegt also darin allerdings ein Bruch mit den bisherigen österreichischen Traditionen, ein Bruch, der aber bei einem Staatsmann, wie Baron Beust, um so weniger überraschen kann, als er schon bei Übernahme seines Amtes offen erklärt hat, nicht die von der österreichischen Politik hierin bisher befolgten Wege zu wandeln. Die Differenz zwischen der Pforte und Serbien mit Bezug auf die türkischen Besetzungen in letzterem Lande bot dem Minister des Neuzern zuerst eine Veranlassung, seinen Überzeugungen Ausdruck zu verleihen, und bezüglich dieser Angelegenheit hatten wir es allerdings mit einer Action der kaiserl. Regierung zu thun, welche über die Schritte der anderen Mächte hinausreicht. Der Grund hiervon ist ganz klar: Österreich kann es bei seinen gegenwärtigen verwirrten Verhältnissen um so weniger gleichgültig sein, in seiner unmittelbaren Nachbarschaft Zwistigkeiten entwickelt zu sehen, welche um so mehr auf die österreichischen Grenzlande einwirken müssen, als die Homogenität der Volksabstammung dabei mit ins Spiel kommt.“

Da Österreich sonach alle Ursache hat, einen Conflict auch dort zu vermeiden, so erschien der Gedanke

damit gewissermaßen von selbst gegeben, durch freundliche aber dringende Vorstellungen bei der Pforte dahin zu wirken, damit die Angelegenheit nicht größere, für die Nachbarstaaten gefährlichere Proportionen annehme. Es ist natürlich, daß der Gedanke, diese der österreichischen Politik bisher nicht freundlichen slavischen Bevölkerungen zu versöhnen und in ein besseres Verhältniß zu Österreich zu bringen, dabei auch seinen guten Theil hatte, und es konnte gerade in dieser Frage diesem Gedanken um so mehr Raum gegeben werden, als es sich dabei um Concessions von Seiten der Pforte handelte, welche nach der Auffassung des Leiters der österreichischen Politik mit der Machtstellung des türkischen Reiches in keinem wesentlichen Zusammenhange stehen, derselben vielmehr nur unnütze Anstrengungen auferlegen, ohne reellen praktischen Nutzen. Dieser Gedanke des Ministers fiel auf fruchtbaren Boden, und man konnte sich schon bei der Reise des serbischen Senatspräsidenten Marinovits überzeugen, daß die Stimmung in Serbien gegen Österreich eine wesentlich bessere geworden war.

Die weitere Erwägung, daß die Integrität der Türkei am besten, ja vielleicht einzige und allein nur in einer Reform der türkischen Justizpflege und Administration, dann in einer besseren Behandlung der christlichen Völkerschaften gefunden werden könne, scheint bei Baron Beust während seines Aufenthaltes in Dresden zur Reise gekommen zu sein, denn gleich von Anfang des Jahres datirt die vertrauliche Depesche nach Paris, in welcher er ein gemeinsames Handeln sämtlicher Garanten des Pariser Vertrages zu dem Zwecke empfahl, die Türkei auf die Dringlichkeit der Durchführung solcher Reformen aufmerksam zu machen. Um der Pforte gleichzeitig eine praktische Handhabe bieten zu können, wurde eine Revision des erwähnten Vertrages in der Richtung empfohlen, daß man dem Begriffe, welcher bisher mit der Bezeichnung „Hut-Humatum“ verbunden wurde, einen bestimmten, genau definirbaren Sinn unterlege; somit also die Concessions specialisire, welche nach Ansicht der Garanten der Pforte zugemahnt werden könnten, ohne für dieselbe ihren eigenen muhammedanischen Unterthanen gegenüber alzu große Schwierigkeiten im Gefolge zu haben.

Der Plan des Freiherrn v. Beust fand dem Principe nach sowohl in Paris als auch in London und St. Petersburg Beifall. Das russische Cabinet, welches ja von jener Concessions an die christliche Bevölkerung in der Türkei erfreut hat, ist daher entschieden in ein weit vertrauensvollereres, entgegenkommenderes Verhältniß zu Österreich gebracht worden, als dies seit dem Krimkriege der Fall war. In Bezug auf die Form, unter welcher am besten auf die Pforte eingewirkt werden könnte, haben sich, wie ich höre, die einzelnen Meinungen noch nicht festgestellt, doch scheint es zweifellos, daß die Action in Constantinopel bereits begonnen hat, was um so erforderlicher erschien, als die caudiotsche Angelegenheit bald zu einer so ernsthaften wurde, daß sich Frankreich und England veranlaßt fanden, dieselbe bei der Pforte in der ernsthaftesten Weise zur Sprache zu bringen, während Österreich sich von diesem, seine Interessen weniger berührenden Gegenstand bis jetzt noch entfernt hält. Die Sprache, welche die Westmächte der Pforte gegenüber führen, trägt einen weit schärferen Charakter, als die österreichischen Vorstellungen, welche das Maß einer freundlichen Verhandlung nie überschritten haben, und es ist daher eine vollkommene Verwechslung der vorhandenen Thatsachen, wenn Österreich namentlich als diejenige Macht dargestellt wird, welche vorzugsweise auf die Türkei drücke und dabei selbstsüchtige Vortheile im Auge habe; während dasselbe vielmehr nach wie vor das Principe der Erhaltung der Integrität der Türkei, als das für Österreich vortheilhafteste, auf das unzweideutigste befundet und sich von diesem Gedankengange auch bei den weiteren Phasen leiten lassen dürfte, denen die orientalische Frage in nächster Zeit noch entgegengehen wird.“

Die Stellung Baierns zu Österreich.

Unter dieser Aufschrift bringt die „Baier. Btg.“ einen Artikel, dessen wesentliche Stellen wir nachstehend nach der „Br. Abdpft.“ reproduzieren.

Nachdem der Minister Fürst Hohenlohe in der Sitzung der Kammer der Abgeordneten am 19. d. sein Programm ausführlich entwickelt hat, hält es die „Baier. Btg.“ nunmehr für ihre Pflicht, die Consequenzen, welche dieses Programm für die Stellung Baierns zu Öster-

reich mit sich bringt, zu besprechen. Sie wendet sich zunächst gegen die in der Tagespresse hier und da erhobene Anklage, der bairische Minister speculire darauf, daß der österreichische Kaiserstaat zerfälle und die deutsch-österreichischen Provinzen sich an Baiern anschließen, insbesondere gegen eine in Blättern ausgesprochene Behauptung, welche dem Minister selbst derlei Ausserungen in den Mund legte. Die „Baier. Btg.“ hat die Ermächtigung erbeten und erhalten, zu erklären, daß diese Insinuation, die den Stempel höchster Unwahrheitlichkeit schon an der Stirne trägt, eine vollständige, plumpfe Unwahrheit ist.“ Sie fährt dann fort:

Wir wollen uns übrigens nicht auf diese Erklärung, so bestimmt sie ist, beschränken. Vielmehr halten wir es heute, nachdem der Fürst sein Programm dargelegt, an der Zeit, nachzuweisen, daß derselbe einen solchen Gedanken nicht nur nicht ausgesprochen hat, sondern daß ein solcher Gedanke gerade durch seine Auseinandersetzung der deutschen Frage vollständig ausgeschlossen ist.

Die Unmöglichkeit, ein Verfassungsbündniß, d. i. einen Vertrag über eine gemeinsame Bundesverfassung zwischen Österreich und dem südwestlichen Deutschland anzubauen, wird von keiner Seite bestritten, und es kann unbedenklich zugegeben werden, daß es eben deshalb nicht nötig gewesen wäre, Gründe für diesen allerseits zugestandenen Sach aufzuführen.

Es würde sicherlich genügt haben, darauf hinzuweisen, daß, wie auch der Prager Friede interpretiert werden mag, jedenfalls so viel feststeht, daß die staatsrechtliche Stellung Österreichs zu dem übrigen Deutschland durch denselben geändert und daß durch denselben Baiern darauf hingewiesen worden, seine Beziehungen zum übrigen Deutschland, insbesondere zu Preußen, im Wege des Vertrages zu regeln.*

Wenn Fürst Hohenlohe die Ansicht ausspreche, es scheine ihm das deutsche Element in Österreich mehr in den Hintergrund zu treten und die österreichische Regierung ihre Stütze mehr in außerdeutschen Elementen zu suchen, so wollte er, nach der Ansicht der „Baier. Btg.“, damit weit weniger in innere Verhältnisse des Nachbarstaates sich einmischen und ein Urteil über dieselben fällen, als die Consequenzen darlegen, welche das für Baierns Politik in der deutschen Frage entscheidend wichtige Auscheiden Österreichs aus dem deutschen Bunde im Gefolge gehabt habe.

Diese Consequenzen sind für Österreich überwiegen des außerdeutschen Elements, für Baiern die Alternative, entweder den im Prager Friedensvertrage ihm vorbehalteten vertragsmäßigen Anschluß an das übrige Deutschland anzustreben, oder gänzlich isoliert zu bleiben.

Baiern hat ersteres gewählt, und wir wollen versuchen zu zeigen, daß dieser Entschluß die freundlichsten Beziehungen zu Österreich nicht nur nicht ausschließt, sondern geradezu mit dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen zu pflegen, in enger Verbindung steht.

Mit den offenen oder geheimen Anhängern des Rheinbundes rechten wir nicht, mit denjenigen, welche jede Annäherung an den Deutschen Norden mit dem Hintergedanzen widerrathen, sich im Falle eines Conflictes unter den Schutz des Auslandes zu stellen, rechten wir nicht; wir halten sie weder für gute Patrioten, noch für ernste politische Denker, am wenigsten für Kenner der deutschen Geschichte.

Wir sehen vielmehr einen einzigen Gesichtspunkt, der berechtigen könnte, über die Gefahren momentaner Isolierung weggehend, günstigere Constellationen zu Unterhandlungen mit dem deutschen Norden abzuwarten. Dieser eine Gesichtspunkt wäre die Ansicht, daß Österreich Krisen entgegnegebe, die eine Loslösung der deutschen Elemente zur Folge haben könnten, welche dann naturgemäß der südwestdeutschen Staatengruppe sich anschließen und dieselbe in ihrem Verhältniß zum Norden kräftigen würden.

Wer es heute an der Zeit findet, mit der Abahnung der Lösung der deutschen Verfassungsfrage nicht weiter zu zögern, der beweist mindestens so viel, daß er nicht glaubt, auf den Eintritt einer ihm hiebei zustatten kommenden Krisis in Österreich rechnen und solche abwarten zu können.

* Art. 4 des Prager Friedensvertrages lautet wörtlich: Se. Majestät der Kaiser von Österreich erkennt die Auflösung des bisherigen deutschen Bundes an und gibt Seine Zustimmung zu einer neuen Gestaltung Deutschlands ohne Beteiligung des österreichischen Kaiserstaates. Ebenso verspricht Seine Majestät das engere Bundesverhältniß anzuerkennen, welches Se. Majestät der König von Preußen nördlich von der Linie des Mainz begründen wird, und erklärt Sich damit einverstanden, daß die südlich von dieser Linie gelegenen deutschen Staaten in einen Verein zusammenentreten, dessen nationale Verbindung mit dem norddeutschen Bunde der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibt und der eine internationale unabhängige Existenz haben wird.

Demjenigen, welcher auf einer gefährlichen Stelle seines Weges bei drohendem Gewitter sich aufhält, wird der vorübergehende Wanderer wohl mit Recht zurufen: Auf was warten Sie denn? — Die Rede des Fürsten Hohenlohe macht uns den Eindruck, daß er die Hoffnung derer, welche aus Verlegenheiten Österreichs eine Kräftigung und Hilfe für Baiern erwarten und abwarten zu können glauben, nichttheilt und eben deshalb an der gefährlichsten Stelle nicht länger stehen zu bleiben gedacht. In dieser Meinung bestärkt uns der vom Herrn Minister unmittelbar angefügte Wunsch eines Gediehens der Bestrebungen für die Neubildung Österreichs, die offenbar in diesem Augenblicke ver sucht wird.

Wir halten dafür, daß die Erfüllung des hieran ge reichten Wunsches freundschaftlicher Beziehungen durch die neuen Verwandtschaftsbande, welche für die beiden Herrscherhäuser in Aussicht gestellt sind, an Voden gewinnen werde.

Die „Wr. Abdpst.“ fügt nachstehende Bemerkungen bei: Den Wünschen, welche das Münchener Blatt im Schlusssatz Ausdruck gibt, können wir unserseits nur unbedingt beitreten. Wir glaubten obigen Aufsatz auch deshalb ausführlich wiedergeben zu sollen, weil er theilweise gegen unseren Artikel vom 21. d. M. gerichtet ist. Auf die Sache selbst gedenken wir bei Gelegenheit zurückzukommen und bemerken für heute nur, daß die „Bauer. Ztg.“ im Unrecht ist, wenn sie uns das Spöttische unseres Tones zum Vorwurf macht. Wir haben so ernsthaft gesprochen, als es die „Bauer. Ztg.“ nur immer thun kann, und wir glauben, das will einiges sagen. Uebrigens spricht die „Bauer. Ztg.“ zum Schluß die Hoffnung aus, daß die österreichische Presse in der obigen Erklärung des Fürsten Hohenlohe eine den Interessen Österreichs unfreundliche Absicht nicht weiter finde n werden.

Österreich.

West, 28. Jänner. Um 11 Uhr Vormittags beging die ungarische Academie zum Andenken des Grafen Emil Dessewffy eine Feier, welcher Majlath, Semsey und nebst vielen anderen Notabilitäten sämtliche Academiker und ein zahlreiches Publicum beiwohnten. Baron Józef Götvöös hielt die Denkrede, in welcher er, von der politischen Stellung Dessewffys Umgang nehmend, dessen Verdienste um die volkswirtschaftliche Entwicklung Ungarns und um die Academie schilderte. Der Academiker Karl Száz trug ein Gedicht vor, dessen Gegenstand Dessewffy ist. Der Vicepräsident der Academie, Melchior Lonyay, eröffnete und schloß die Feier mit einigen Worten. Um halb 1 Uhr war die Feier beendet. — Die heute Vormittags gemeldete Sitzung der Deputirtenstafel findet morgen um 10 Uhr statt. Bezuglich des zu verhandelnden Gegenstandes meldet der „Lloyd“, die Abgeordneten wünschen, daß die werthvollen Schätze des Museums nur unter dem Einfluß und der Obhut des Landtages nach Paris gefendet werden.

Ausland.

Berlin, 28. Jänner. Die Anhänger der Regierungspolitik haben sich definitiv für die Aufstellung folgender Candidaturen entschieden: Im ersten Wahlbezirke für Kriegsminister von Noor; im zweiten für Graf Bismarck; im dritten für General von Moltke; im vierten für General Vogel von Falkenstein; im fünften für General Herwarth von Bittenfeld und im sechsten für General von Steinmeier. — Heute fand eine Bundeskonferenz statt. Die Commission des Herrenhauses lehnte das Gesetz bezüglich der Diäten für Reichstagsabgeordnete ab. — Die „Kreuz-Zeitung“ veröffentlicht eine Zuschrift des Abg. Waligorski, in welcher derselbe die Nachricht von einer in Aussicht stehenden Monstrepetition der polnischen Emigranten an das Parlament gegen die Einverleibung Posens und Westpreußens dementirt und erklärt, die Petition sei innerlich unwahrscheinlich, da die Polen dem Reichstage das Recht bestreiten, die Einverleibung zu beschließen.

München, 28. Jänner. Die „Bayerische Zeitung“ schreibt amtlich: Am 9. Jänner ergingen gleichlautende Noten an die Gesandtschaften Baierns in Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt folgenden Inhaltes: Nach erfolgter Aufhebung des deutschen Bundes und bei der Schwierigkeit der Feststellung einer neuen Bundesverfassung zwischen Baiern und den übrigen deutschen Staaten gebietet doch die Pflicht der Selbstbehaltung, die aufgehobenen Grundbestimmungen durch andere, wo möglich bessere zu ersetzen. Die Bundeskriegsverfassung besteht nicht mehr; es ist daher hohe Zeit, zum Schutze der süddeutschen Staaten (ausschließlich Oberhessens) eine andere Kriegsverfassung unter Benutzung der gewichtigen Lehren des letzten Jahres festzustellen. Eine Vereinbarung darüber ist sehr dringend notwendig. Um der dringenden Gefahr des Zustandekommens verschiedener Militärverfassungen zu begegnen, schlägt die Regierung behufs Abschlusses einer gemeinsamen oder doch gleichartigen Wehrverfassungsbereinführung eine Konferenz der Minister des Neufatern und der Kriegsminister der genannten Staaten vor, bei welcher gleichzeitig über die Festungen Ulm und Rastatt die Verfügung zu treffen wäre. Die „Bayerische Zeitung“ schreibt weiter: Nachdem eine vorläufige Übereinstimmung hierüber erzielt wurde, schlug Baiern folgende Beratungsgegenstände

vor: Die Versammlungen anerkennen es als ein Bedürfniß der Zeit, die Wehrkräfte ihrer Länder zu erhöhen und so zu organisieren, daß sie zu einer achtunggebietenden gemeinsamen Action befähigt wären. Sie einigen sich zu einer möglichsten Erhöhung ihrer Wehrkräfte, welche den Prinzipien der preußischen nachgebildet ist. Die bayerischen aufgestellten Prinzipien des Wehrsystems sind: Allgemeine Wehrpflicht mit Aufhebung des Losens, des Tausches und der Stellsvertretung; Übertritt der Ausgedienten in die Kriegsreserve mit dreimonatlicher Uebung und Kriegsverwendung gleich der Linie; hernach Eintritt in die Reservebataillone mit kurzen Jahresübungen und Kriegsverwendung neben der Linie; Vermehrung des Restes der Waffenfähigen in zwei Abtheilungen, wovon die jüngere innerhalb der Landesgrenzen und die ältere nur im Wohnorte verwendbar wäre.

Paris, 25. Jänner. (A. Allg. Ztg.) Bei den ersten Anzeichen einer Aufregung der Vorstädte wegen der Theuerung konnte ich die vollkommene Beruhigung geben: diese Regierung sei stark genug, um auch über die Brod- und Fleischpreise zu verfügen. Es bestätigt sich. In der vorigen Woche nahm die Aufregung insbesondere im Faubourg Saint Antoine zu. Seit drei Tagen ist die Kornbörse in voller Panik. Der Sac-Mehl fiel um 7 Fr. Herr Darblay, der stärkste Händler, verkaufte massenhaft zu herabgesetzten Preisen, und zwar, was kein Geheimnis ist, für Rechnung der Regierung, welche Vorräthe weit über ihren Bedarf aufgekauft hatte. Andererseits besteht seit drei Tagen wieder eine Anzahl „ökonomischer Defen“, welche Brod, Fleisch und Gemüse um 50 Perc. unter den Herstellungskosten liefern. — Voltaire, dem das „Siccle“ mittels öffentlicher Subscription eine Denksäule in Paris, wo er bereits drei besitzt, errichten will, sagte von den Parisern: „Paris ist ein großer Geflügelstall voll indischer Hähne, welche ein Rad schlagen, und voll Papageien, welche unverständige Worte nachplappern. Versailles schickt den Parisern das tägliche Futter, und läßt sie schreien. Die Provinzen sind ruhiger und vernünftiger; sie lassen Herrn Turgot Gerechtigkeit wiederauffahren. In Paris will die bessere Gesellschaft stets Neues, und die zahllose Canaille subalterner Schriftsteller erwartet das Neue, um es zu verschlingen, andere darüber lachen zu machen und damit ein Stück Geld zu verdienen. Die Canaille der Literatur ist unverschämter und gefährlicher als die Canaille dar Hallen.“ — In einem Städtchen der Gironde, Geburtsort des neuen Ministers Forcade de la Roquette, ließ der Maire ihm zu Ehren fünf Kanonensalven geben, und der Gemeinderath richtete an ihn eine Adresse. Es erhält sich das Gerücht: Herr Rouher werde seine Freihandelsgrundsätze nun auch im Innern verwirklichen, also die Octroischranken stürzen, die Canalsölle abschaffen u. s. w. Der Unsin liegt auf der Hand. Eine Reform des Octroi wird sich darauf beschränken, daß gewisse Besteuerungen der Getränke, welche neben dem Octroi bestehen, zweckmäßiger eingerichtet werden. Die Steuerverminderung für den Ackerbau wird ebenfalls eine Chimäre bleiben; denn nicht nur müßte der Ausfall durch andere Steuererhöhungen oder neue Abgaben gedeckt werden, sondern die sogenannte Finanzreform beweist auch die Vermehrung der Staatseinnahmen. Seitdem Herr Guérout dem neuen Finanzminister einen Gladstone an den Kopf geworfen hat, geht das Compliment in gewissen Kreisen von Mund zu Mund. Gladstone's Ruhm besteht in der Schuldentilgung und in der Abgabenverminderung. Der geistreiche Kopf in Frankreich wird sich nicht bis zu einem solchen Ideal versteigen wollen. Die Foulsche Gruppe von Financiers verbüßt sich zu dem Umschwung sehr pessimistisch; doch ist es unwahr, daß Herr Souberan, ein Sohn des Herrn Fouls, das Opfer bringen will, als Untergouverneur der Bodencreditanstalt seine Demission zu geben. — Bemerkenswerth ist die Rede des neuen Flottenministers an die Marine-Offiziere. Admiral Rigault de Genouilly sprach sie mit dem Feuer eines Feldherrn an, welcher einer Campagne entgegenseht. Als die ihm vom Kaiser anvertraute Mission bezeichnete er: Umgestaltung der Flotte, der Artillerie und der Taktik. Und die Umgestaltung hat seit Jahren wohl schon weit mehr als eine Milliarde gekostet! — Der Appellationshof fällte heute sein Urtheil in Sachen des „Journal de Varsovie.“ Er stürzte das erstinstanzliche Urtheil grundsätzlich um. Sein Urtheil stellt folgende neue Jurisprudenz auf: Fremde Zeitschriften werden durch die Thatsache ihrer Postaufgabe nach Frankreich französische Veröffentlichungen, mithin sammt ihren Correspondenten den französischen Gerichten zuständig. — Diese Neuerung hat eine sehr große Tragweite. Wir können sie der Discussion in allen auswärtigen Blättern nicht dringend genug empfehlen.

— Das „Memorial diplomatique“ theilt verschiedene Nachrichten mit, die es den ihm über die Vereinigten Staaten zugegangenen Correspondenzen aus Mexiko entnimmt. Diese Nachrichten reichen bis zum 25. Dezember. Kaiser Maximilian hatte vor seiner Abreise von Orizaba durch seinen Minister des Innern alle bekannten Führer der Dissidentenpartei zur Beteiligung an dem bevorstehenden Plebiscit officiell einzuladen lassen. Er will, daß auch seine Gegner auf diesem am 1. Februar stattfindenden nationalen Congresse vertreten seien. Der weiten Stecken wegen, die einzelne aus den äußersten Provinzen herbeizukommende

Theilnehmer bis in die Hauptstadt zurückzusegen haben, dürfte jedoch diese Versammlung noch einmal hinausgeschoben werden. Kaiser Maximilian ist keineswegs entschlossen, wenn die Republik wieder eingeführt werden sollte, als Kandidat für die Präsidentschaft aufzutreten, wie einige amerikanische Blätter behauptet haben. Er wird sofort abanken, wenn das Kaiserreich nicht durch eine unzweideutige Kundgebung des Volkswillens beibehalten werden sollte. Maximilian ist in Puebla geblieben, weil das Fieber, das ihn in Orizaba verlassen hatte, wieder auftritt. Er wird auch nicht in der Hauptstadt Mexico verweilen, sondern sich sofort nach Cuernavaca begeben, um daselbst das endgültige Resultat der Congressverhandlungen abzuwarten. Bis dahin überläßt er den Ministern die volle Verantwortlichkeit für alle Regierungshandlungen und beschränkt sich auf Unterzeichnung der Verordnungen, die ihm von denselben vorgelegt werden.

Von der spanischen Grenze, 22. Jänner. Die Regierung von Portugal, in der Kammer wegen der Einberufung der Reserven und der Bildung eines permanenten Lagers lebhaft interpellirt, hat sich unter anderem auf die Gefahren durch die vielen spanischen Emigranten berufen. Bei dieser Gelegenheit gab der Kriegsminister Fontes auch Aufklärung über den Aufstand eines Armeecorps in der Provinz Tras-os-Montes, der schon lange die öffentliche Meinung beunruhigte. Man wußte, daß ein General plötzlich das Land verlassen müssen, und daß viele Offiziere und Unteroffiziere in Lissabon eingesperrt seien. Doch glaubte man immer noch an Uebertreibungen der Ultramontanen, um so mehr, als die Thronrede des Königs Dom Luis nichts hierüber geäußert hatte. Nach den Mittheilungen des Kriegsministers ist nun nicht mehr an dem Ernst der Sache zu zweifeln. — Die „Perseverancia“ von Saragossa widerspricht aufs bestimmteste der Behauptung, daß die Familie Montpensier Spanien verlassen und nach England reisen werde. — Die Ernennung Tenorio's, des früheren Geheimschreibers Isabels II und politischen Gegners von Narvaez, auf den Gesandtschafts posten von Wien wird als eine vergoldete Verbannung angesehen.

(Allg. Ztg.) Aus Madrid, wird bestätigt, daß der Herzog und die Herzogin von Montpensier, sowie der Infant Don Heinrich von Bourbon Befehl erhalten haben, sich ins Ausland zu begeben. Der Correspondent der „Röhl. Ztg.“ schreibt darüber: „Die Verbannung des Herzogs und der Herzogin von Montpensier bestätigt sich, und auch der Infant Heinrich von Bourbon, Bruder des Königs, muß das Land meiden. Die Ernennung Don Tenorio's zum spanischen Gesandten in Wien wird gleichfalls als eine Verbannung betrachtet. Die Schwester Patrocinia und Pater Claret haben Narvaez genöthigt, diese einflußreiche Persönlichkeit aus der Nähe der Königin zu schaffen. Narvaez ließ sich das nicht zweimal sagen, da er weiß, daß Don Tenorio nicht sehr freundliche Gefühle für ihn hat.“

Tagesneuigkeiten.

— (Österreichisch-preußischer Handelsvertrag.) Wie man der „Bohemia“ berichtet, hat Preußen für Stahl und Lederwaren, Wiener Artikel, bedeutende Concessions gemacht, wogegen Österreich in jenen Punkten, wo der Vertrag von 1865 höhere Zölle als jener von 1853 festsetzt, auf die letztern herabgeht. Hinsichtlich des Weinzelles will Preußen von 4 auf 3 Thlr. Eingangs zoll herabgeben, während Österreich auf dem Zwci-Thaler-Zoll bestehet, weil nur hier die ungarischen Mittelweine in Deutschland Absatz finden können.

— (Wohnungsverein.) In Wien beabsichtigt man einen Wohnungsverein ins Leben zu rufen, um möglich zu machen, daß selbst minder Bemittelte schon nach kurzer Zeit in den zinsfreien, bleibenden Besitz einer gefunden und zweckmäßig situierten Wohnung gelangen. Das Kabinett und Auszichen, das Steigern und Zinszahlen, die Haustyrannie und Alsterwirthschaft soll für den Subalternbeamten, für den kleineren Geschäftsmann, für den Pensionisten ein Ende erreichen. Die Personen, welche sich mit diesem Gedanken beschäftigen, sind ein Jurist, ein Nationalökonom und ein Techniker.

— (Curiosum zur Sprachenfrage.) Der Bürgermeister eines kleinen niederösterreichischen Städtchens erhielt vor einiger Zeit eine Zuschrift des Magistrates in Dedenburg, in ungarischer Sprache abgefaßt. Der betreffende Bürgermeister erwiederte hierauf, daß ihm die Zuschrift wohl zugelommen und wahrscheinlich Passangelegenheiten betreffe, da jedoch in dem Städtchen niemand der ungarischen Sprache mächtig, so erschehe er um eine Übersetzung. Gleichzeitig fügte er hinzu, wenn jedoch dem ößlichen Magistrate in Dedenburg bekannt sei, der das Ungarische in das Deutsche übertragen könne, so möge sich derselbe an den Ochsenwirth in Dedenburg wenden, welcher ein guter Freund von ihm sei und der die Güte habe, dieses zu veranlassen. Honny soit qui mal y pense!

— (Richard Wagner) soll in München in der nächsten Woche wieder einziehen. Nun wird auch die Führung des idealen Volkstheaters noch mehr betrieben werden. Die „Allg. Ztg.“ ist der Ansicht, daß mit dem ersten Steine der Grundstein zu einer Ruine gelegt würde, wozu mehr als eine Million geopfert wäre.

